

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15847 Dienstag, 30. Juni 2020

EO-Agraminister warten auf Haushaltsbeschluss	•	•	•	•			•	•	•		•	•		
EU-Übergangsverordnung: Heutige GAP gilt bis 2022														2
Bernhuber: EU-Verordnung zu Lebensmittelkontrollen muss Wirkung zeigen .														3
Köstinger: Umsetzung des Forstpakets im Ministerrat beschlossen														3
Österreichs Almen: Versicherungsschutz für Bäuerinnen und Bauern verbessert	t													4
Moosbrugger: Ministerrat beschließt Forstpaket - Klimafitte Wälder als Ziel .														5
Bauernbund: Nur ein bewirtschafteter Wald ist ein klimafitter Wald														6
Felix Montecuccoli als Präsident der Land&Forst Betriebe wiedergewählt														7
LK Österreich gratuliert Felix Montecuccoli zu seiner Wiederwahl														8
Wanderer und Mountainbiker: Mehr Verständnis für die Landwirtschaft geforder	t													ç
Langer-Weninger: Heimische Lebensmittel müssen attraktiver werden														11
Österreichisches Landwirtschaftskammersystem ist Vorbild für Kroatien														12
Kartoffelmarkt: Ernte schreitet im Inland voran - Gute Erträge gemeldet														12
Ukraine erwartet neue Mais-Rekordernte														13
Lagerhaus Technik-Center: Neues Kompetenzzentrum in Eggendorf entsteht .														13
8 Mio. Euro Schaden nach massiven Unwettern in der Steiermark														1/

EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG



EU-Agrarminister warten auf Haushaltsbeschluss

Unterschiedliche Meinungen über neue Umweltauflagen

Brüssel, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Vor allem die "grüne Architektur" in der reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sorgt für Kontroversen zwischen den EU-Mitgliedstaaten. In der letzten Reformdebatte unter kroatischer Leitung setzt nur ein Teil der EU-Landwirtschaftsminister auf Ökoregelungen (Eco-Schemes). Ein anderer Teil der Ressortchefs möchte die geplanten Direktzahlungen mit erhöhten Umweltauflagen nicht überbewerten. Größere Einigkeit gibt es dagegen bei den Agrarfinanzen. Die Minister erwarten eine Entscheidung der Staats- und Regierungschefs über den Mehrjährigen Finanzrahmen möglichst noch im Juli. Der Vorschlag der EU-Kommission zum EU-Agrarhaushalt der kommenden Jahre wurde akzeptiert. Er muss allerdings noch auf dem EU-Gipfel verabschiedet werden. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski dankte für die Unterstützung der Landwirtschaftsminister in der Haushaltsfrage. Ihre klare Forderung nach einer ausreichenden Finanzierung der GAP-Reform habe dazu beigetragen, die Kürzungen im EU-Agrarhaushalt vom Tisch zu bekommen. Mit dem neuen Vorschlag der EU-Kommission seien 26,5 Mrd. Euro mehr für die Landwirtschaft in den nächsten sieben Jahren vorgesehen, betonte Wojciechowski. Mit dem zusätzlichen Geld müsse die GAP grüner werden und dazu gehöre ein Mindestanteil an Eco-Schemes in jedem EU-Mitgliedstaat, stellte der EU-Agrarkommissar klar. * * * *

Mit dieser Forderung sind noch keinesfalls alle nationalen Landwirtschaftsminister einverstanden. Länder, die schon heute eine sehr ambitionierte Umweltpolitik anwendeten, dürften durch die GAP-Reform keine Nachteile erleiden, erklärte Bundesministerin Elisabeth Köstinger, die verpflichtende Ökoregelungen mit einem Mindestanteil am Budget der 1. Säule ablehnt. "Es gibt nicht nur eine Lösung für alle", erklärte auch der luxemburgische Landwirtschaftsminister Romain Schneider. Er pochte in Bezug auf neue Umweltanforderungen auf die Subsidiarität und wies auf die bedeutende Rolle der ländlichen Förderprogramme für eine nachhaltige Erzeugung in Luxemburg hin. In der Debatte kritisierten zudem Ungarn, Griechenland und Italien zu starre Vorgaben für die "grüne Architektur". Auf der anderen Seite setzen Deutschland, Frankreich, Tschechien, Schweden, die Niederlande und Dänemark auf Ökoregelungen als zentrales Element der Reform. Ihrer Ansicht nach sollen die Eco-Schemes von allen EU-Mitgliedstaaten verpflichtend den Landwirten angeboten und mit einem finanziellen Mindestanteil ausgestattet werden.

Die Verhandlungen über die Instrumente für eine grünere GAP zeichnen sich als eine der großen Hürden in den Reformverhandlungen ab. Polen, Malta, Griechenland, Zypern, Lettland, Bulgarien und Slowenien forderten in der Debatte, dass Kleinbetriebe von den Umweltanforderungen zum Erhalt der Basisprämien befreit oder zumindest weniger scharf kontrolliert werden sollten.

Positionen über gekoppelte Direktzahlungen liegen weit auseinander

Weit auseinander liegen im Agrarrat auch die Positionen zu den an die Erzeugung gekoppelten Direktzahlungen. Der Slowakei und mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten reichen die von der EU-Kommission auf 15% begrenzten gekoppelten Zahlungen nicht. Sie weisen auf die ökologische Bedeutung der Tierhaltung hin, die in Bergregionen nur mit gekoppelten Zahlungen aufrecht gehalten werden kann. Andere Minister lehnen dagegen zu viele gekoppelte Prämien ab, weil sie den Wettbewerb verzerren. Daneben stellen vor allem die osteuropäischen EU-Agrarminister eine stärkere Angleichung der Direktzahlungen in allen EU-Mitgliedstaaten in den Vordergrund der Debatte. Die Frage der "externen Konvergenz" wird allerdings nicht im EU-Agrarrat, sondern auf dem EU-Gipfel zusammen mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen entschieden.

Der französische Landwirtschaftsminister **Didier Guillaume** forderte eine größere Selbstversorgung in der EU mit Futtermitteln. Sojaimporte aus Amerika sollten seiner Ansicht nach durch Eiweißpflanzen aus der EU ersetzt werden. In der reformierten GAP solle es deshalb verstärkte Anreize für den heimischen Futterpflanzenanbau geben, forderte Guillaume.

Klöckner: Viel Arbeit liegt noch vor uns

"Es liegt noch viel Arbeit vor uns", erklärte die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** nach der Reformdebatte. Klöckner hatte sich extra nach Zagreb begeben, um auf der Videokonferenz neben ihrer kroatischen Kollegin **Marija Vu kovi** am Tisch sitzen zu können und den "Staffelstab" der EU-Ratspräsidentschaft trotz Corona-Pandemie in Anwesenheit zu übernehmen. Am 20. Juli plant die deutsche Ratspräsidentschaft den ersten Agrarrat gleich mit physischer Anwesenheit aller Minister in Brüssel. Auf der Tagesordnung stehen die "grüne Architektur" sowie die beiden Umweltstrategien der EU-Kommission. "Wir werden die GAP-Reform, die Strategien 'Farm to Fork' und für die Artenvielfalt parallel beraten, damit die Ambitionen für Klima und Umwelt übereinstimmen", betonte Klöckner in Zagreb. Im Oktober strebt sie eine Position der EU-Mitgliedstaaten zur GAP-Reform an, um noch im Herbst den Trilog mit dem Europaparlament beginnen zu können. Der enge Zeitplan fußt allerdings auf der Voraussetzung, dass sich die Staatsund Regierungschefs noch im Juli auf einen EU-Haushalt für die kommenden Jahre einigen werden. (Schluss) mö

EU-Übergangsverordnung: Heutige GAP gilt bis 2022

Einigung im Trilog - Auch verbesserte Risikoabsicherung wird fortgeführt

Brüssel, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Da die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf sich warten lässt, verständigten sich nun das Europaparlament, der Ministerrat und die EU-Kommission auf eine zweijährige Übergangszeit, in der für die Direktzahlungen, die EU-Marktordnung und die ländlichen Förderprogramme alles beim Alten bleibt. Nur die Höhe des EU-Agrarhaushalts in den Jahren 2021 und 2022 richtet sich nach dem ausstehenden Beschluss über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Die EU-Kommission hat ihren Sparvorschlag zurückgenommen und möchte das Fördervolumen in etwa fortführen. Ein Beschluss über den MFR wird auf dem EU-Gipfel in Juli erwartet. Deswegen ist die Einigung im Trilog über die Übergangsverordnung auch erst eine vorläufige, bis die Finanzen geklärt sind. * * * *

Die Europaabgeordneten haben zudem den Fortbestand einer besseren Risikoabsicherung für Landwirte durchgesetzt. Die EU-Mitgliedstaaten dürfen in den kommenden zwei Jahren Einkommensrückgänge schon ab 20% ausgleichen. Die nationalen Finanzbehörden dürfen zudem die Versteuerung von landwirtschaftlichen Betriebsgewinnen über mehrere Jahre strecken. Ländliche Förderprogramme für den Bio-Landbau, für den Tierschutz und die Umwelt werden fünf Jahre Bestand haben und nicht nur drei, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen. (Schluss) mö

Bernhuber: EU-Verordnung zu Lebensmittelkontrollen muss Wirkung zeigen

Herkunftskennzeichnung jetzt einführen

Brüssel, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Um die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln zu verbessern und Betrugsfälle zu bekämpfen, hat sich die EU 2017 verpflichtet, Kontrollen für Lebensmittel in Europa und Importe aus Drittstaaten deutlich zu verschärfen. Seit einem halben Jahr wird diese neue Verordnung angewendet und eine erste Evaluierung dieses neuen Kontrollprozesses wird es Ende August geben. ÖVP-Europaabgeordneter **Alexander Bernhuber** zeigt sich aber besorgt, da aufgrund der Corona-Krise EU-Kontrollen bei Lebensmittelimporten aus Drittstaaten derzeit nur beschränkt stattfinden und hier auf die Eigenkontrollen in den Exportstaaten vor Ort vertraut wird. "Die Krise hat gezeigt, wie wichtig die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist. Trotzdem kommen täglich Container mit Tonnen an Fleisch, Obst und Gemüse nach Europa, und die EU kann nicht garantieren, dass hier adäquate Kontrollen durchgeführt und Standards eingehalten werden." * * * *

Bernhuber verlangt wirksame Maßnahmen hinsichtlich der Importe aus Drittstaaten: "In Europa produzieren wir hochwertige Lebensmittel unter strengsten Kontrollen. Es braucht wirkungsvolle Maßnahmen, damit diese europäischen Produktionsstandards für alle importierte Produkte gelten, um Fairness mit unseren Landwirten zu erreichen und den Konsumenten höchste Sicherheit zu gewährleisten." (Schluss)

Köstinger: Umsetzung des Forstpakets im Ministerrat beschlossen

Neuer Waldfonds ist Basis für Investitionsmaßnahmen von 350 Mio. Euro

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Im Ministerrat wurde heute das Waldfondsgesetz beschlossen, es ist Basis für die Umsetzung des Forstpakets, das von der Bundesregierung vor zwei Wochen präsentiert wurde. "Mit 350 Mio. Euro an Investitionen in eine nachhaltige und klimafitte Forstwirtschaft bringen wir jetzt eines der größten Maßnahmenpakete der letzten Jahre für Österreichs Wälder auf den Weg", erklärte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger.** "Der neue Waldfonds ist das Instrument, über das wir die Fördermaßnahmen für die Forstwirtschaft abwickeln werden. Damit ist der Weg für einen Nationalratsbeschluss noch vor dem Sommer frei", so Köstinger. * * * *

Das Paket umfasst zehn Maßnahmen, die der österreichischen Forstwirtschaft eine Zukunft geben sollen. "Die Situation in unseren Wäldern ist alarmierend. Der Borkenkäfer hat überall gewütet und ganze Landstriche entwaldet. Unsere Waldbauern brauchen jetzt rasch ein Perspektive, damit sie die Wälder für die nächsten Generationen mit widerstandsfähigen Mischwäldern aufforsten können", stellte die Ministerin fest.

Rund 62% der gesamten österreichischen Holzernte waren 2019 auf Schadholz zurückzuführen. 2020 werden aufgrund der Trockenheit ähnliche Schadholzmengen befürchtet. Durch die Corona-Pandemie ist zusätzlich die Nachfrage nach dem Rohstoff Holz eingebrochen, und auch die Exporte in traditionelle Märkte wie Italien sind massiv zurückgegangen. Das Investitionspaket der Bundesregierung wird die Forstwirtschaft in dieser schwierigen Situation unterstützen. Es sieht unter

anderem Investitionsanreize zur Wiederaufforstung und die Abgeltung von Borkenkäferschäden vor, ein weiterer großer Schwerpunkt liegt in der Forschung und Entwicklung.

"Klimatische Veränderungen, fehlende Niederschläge und vor allem der Borkenkäferbefall sind für die Forstwirtschaft ein existenzielles Problem", erklärte Köstinger und ergänzte: "Unsere Wälder schützen uns, sie sind Wirtschafts- und Erholungsräume. Jeder von uns genießt es, in die Natur zu gehen. Aber unsere Wälder sind in ernster Gefahr, und daher braucht es diese Unterstützung. Jeden Euro, den wir in unsere Wälder investieren, ist ein Euro für die Zukunft. Mit diesem 350 Mio. Euro-Paket setzen wir ein unübersehbares Zeichen und unterstreichen, wie wichtig die Forstwirte mit ihrer Arbeit für unser Land sind."

Zehn Maßnahmen für unsere Wälder

Bei den zehn Maßnahmen des Forstpakets geht es um die Wiederaufforstung und Pflegemaßnahmen nach Schadereignissen, die Entwicklung klimafitter Wälder, die Abgeltung von durch den Klimawandel verursachte Borkenkäferschäden, weiters um die Errichtung von Lagerstätten für Schadholz, die mechanische Entrindung als Forstschutzmaßnahme, um Maßnahmen zur Waldbrandprävention sowie um eine Holzbauoffensive und die Förderung der Biodiversität im Wald. Darüber hinaus werden Forschungsschwerpunkte in den Bereichen "Herstellung von Holzgas und Biotreibstoffen" sowie "Klimafitte Wälder" unterstützt. (Schluss)

Österreichs Almen: Versicherungsschutz für Bäuerinnen und Bauern verbessert

Richtiges Verhalten im Weidegebiet beugt Vorkommnissen mit Tieren vor

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Österreich zählt fast 8.000 bewirtschaftete Almen und ist nicht zuletzt deshalb eine beliebte Tourismusregion. Leider kommt es vereinzelt zu Unfällen mit Weidetieren. Dabei geht es nicht nur um Verletzungen und finanzielle Schäden, sondern auch um Verunsicherung bei allen Beteiligten: bei den Landwirten, den Urlaubern und auch in der Bevölkerung. Es stellen sich Fragen nach dem richtigen Verhalten auf Weidebereichen sowie danach, was beim Risiko- und Versicherungsschutz gedeckt ist. * * * *

Grunddeckung durch Haftpflichtversicherung - Versicherungsschutz erweitert

Um der teilweise großen Verunsicherung entgegenzutreten, betont die österreichische Versicherungswirtschaft in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich: Im Rahmen eines mehrstufigen Versicherungsschirmes der land- und forstwirtschaftlichen Haftpflichtversicherung sind diese Schadensfälle aus der Tierhaltung gedeckt. Jeder heimische Bauer, der über eine land- und forstwirtschaftliche Betriebshaftpflichtversicherung verfügt, ist versichert und geschützt. "Durchschnittlich beträgt die Versicherungssumme bei diesen Produkten bei allen heimischen Versicherungen rund 3 Mio. Euro, das reicht nach menschlichem Ermessen aus, um hier etwaige Schadenersatzverpflichtungen abzudecken", betont **Kurt Svoboda**, Präsident des österreichischen Versicherungsverbandes VVO.

Zusätzlich zu dieser Grunddeckung gibt es in einzelnen Tourismusregionen Freizeitpolizzen, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen. Auch Weidegemeinschaften, die Almen bewirtschaften, haben in der Regel landwirtschaftliche Betriebshaftpflichtversicherungen.

"Im Vorjahr ist es uns gelungen, entscheidende Verbesserungen zu erreichen. Neben einem verstärkten Versicherungsschutz für unsere Alm- und Weidewirtschaft setzen wir auch auf Bewusstseinsbildung. So haben wir gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium sowohl für die Tierhalter als auch für die Freizeit- und Tourismusgäste Verhaltensregeln erarbeitet, damit jeder weiß, was von ihm erwartet wird", unterstreicht **Josef Moosbrugger**, Präsident der LK Österreich. "Alle sind aufgerufen mitzuhelfen, damit sowohl Alm- und Weidewirtschaft als auch Tourismus funktionieren und Unfälle vermieden werden können." Die Verhaltensregeln sind auf aiz.info einsehbar.

Eigenverantwortung der Freizeit- und Tourismusgäste gefragt

Bei rund 90% der Unfälle mit Rindern ist ein Hund der Auslöser. Wie also verhält man sich in Gegenwart von Kühen als Hundehalter und Wanderer richtig? Als Wanderer sollte man die markierten Wege nicht verlassen und generell ruhiges Verhalten an den Tag legen. Kühe sind weitgehend friedliche Tiere und neigen erst zum Angriff, wenn sie sich arg bedrängt und bedroht fühlen. Also sollte man der Herde großzügig ausweichen, am besten bergauf.

Als Hundehalter sollte man den Hund immer an der Leine führen und in der Mitte der Gruppe halten. Außerdem ist darauf zu achten, dass der Hund sich ruhig verhält. Besondere Vorsicht ist bei Herden mit Stieren, Mutterkühen und Jungtieren geboten. "Hinter dem einzigartigen Urlaubserlebnis in Österreichs Bergen steckt die harte und traditionsreiche Arbeit unserer Almbauern. Zehn klare Verhaltensregeln erhöhen die Sicherheit und helfen, Konflikte zu vermeiden. Uns ist wichtig, dass unsere Bauern auch in Zukunft die Möglichkeit haben, Alm- und Weidewirtschaft im Sinne von Tierwohl und Naturgefahrenschutz zu betreiben, hochqualitative Lebensmittel herzustellen und sich bei all dem sicher fühlen können. Das ist die beste Basis, damit auch unsere Gäste Österreichs herrliche Natur- und Kulturlandschaft in vollen Zügen genießen können", so Moosbrugger. (Schluss)

Moosbrugger: Ministerrat beschließt Forstpaket - Klimafitte Wälder als Ziel

LK Österreich begrüßt Waldfonds zur Umsetzung des Forstpakets

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - "Klimafitte Wälder entstehen nicht durch Worte, sondern nur durch aktive Bewirtschaftung. Doch der Klimawandel und dessen negative Folgen haben unseren Waldbewirtschafterinnen und Waldbewirtschaftern massiv geschadet. Sinkende Holzerlöse und steigende Kosten führen dazu, dass Geld für Investitionen in den Wald und seine Pflege fehlt. Dies stellt nicht nur eine Herausforderung für den Wald selbst, sondern vielmehr auch für die Gesellschaft dar, da die Waldwirkungen insgesamt in Gefahr sind. Daher freut es mich besonders, dass die Politik dieses Risiko erkannt und heute im Ministerrat ein 350 Mio. Euro starkes Investitionspaket für die Forstwirtschaft beschlossen hat", bedankt sich Landwirtschaftskammer (LK) Österreich- Präsident Josef Moosbrugger bei der Bundesregierung, allen voran bei Bundesministerin Elisabeth Köstinger.

Waldfonds eingerichtet

Um diese Fördermaßnahmen abwickeln zu können, hat die Bundesregierung beschlossen, einen Waldfonds einzurichten. "Die präsentierten Maßnahmen sind maßgeschneidert für unsere vom Klimawandel gebeutelten Waldbewirtschafter. Sie bekommen jene Unterstützung, die sie für eine klimafitte Bewirtschaftung benötigen. Wichtig dabei ist jedoch, dass die Mittel unbürokratisch und schnell abgerufen werden können", so Moosbrugger.

Forschungsschwerpunkte

"Mit diesen Forschungsschwerpunkten sind die Weichen in Richtung Zukunft gestellt: Es wird mehr Baumarten und Baumartenteile geben, die von der konventionellen Holz verarbeitenden Industrie nicht benötigt werden. Die Verarbeitung dieser Sortimente zu Holzgas und Biotreibstoffen schafft nicht nur einen künftigen Absatzmarkt, sondern hilft auch, die Land- und Forstwirtschaft von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen und einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten", so der Präsident. (Schluss) - APA OTS 2020-06-30/12:16

Bauernbund: Nur ein bewirtschafteter Wald ist ein klimafitter Wald

Strasser/Schmiedtbauer begrüßen Investitionen in Forstwirtschaft und Klimaschutz

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - "350 Mio. Euro nimmt die Bundesregierung für die heimischen Forstwirtinnen und Forstwirte in die Hand. Das kürzlich präsentierte Forstpaket hat heute den Ministerrat passiert, die Gelder sollen in den kommenden Monaten fließen. Jeder Euro, der in unsere nachhaltig bewirtschafteten Wälder investiert wird, kommt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten doppelt zurück", begrüßen Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** und **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der ÖVP im Europaparlament und Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Nachhaltige Forstwirtschaft", die Investitionen in die Forstwirtschaft und den Klimaschutz. * * * *

Strasser: Forstwirtschaft heißt in Generationen denken

"Forstwirte haben ihre Werkstatt unter freiem Himmel. Deshalb trifft sie die Klimakrise besonders stark und von allen Berufsgruppen als allererste", sagt Strasser. Von 18,9 Mio. Erntefestmeter Holzeinschlag im Jahr 2019 waren 62% Schadholz. "Bei solchen Schadholzmengen verwundert es nicht, dass unsere Forstwirtinnen und Forstwirte nicht mehr von den Einnahmen aus der Waldwirtschaft leben können und so die nachhaltige Bewirtschaftung gefährdet ist. Umso wichtiger sind jetzt die Investitionen in unsere Forstwirtschaft", begrüßt Strasser das Forstpaket, das auch den nächsten Generationen zugutekommt.

Holz ist Baustoff der Zukunft

"Wer ein Holzhaus baut, trägt vielfach zum Klimaschutz bei. Die vermehrte Holzverwendung durch Stärkung vorhandener und Erforschung neuer Absatzkanäle sichert langfristig die nachhaltige Waldbewirtschaftung. Bauen mit Holz garantiert Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen Österreichs. Insgesamt hängen rund 300.000 Arbeitsplätze am Sektor Forstwirtschaft. Wir müssen Arbeitsplätze in den Regionen fördern, deshalb wird Geld für Wiederaufforstungen, klimafitte Wälder oder etwa für die Forschung bei Holzgas sowie Holzdiesel und die Stärkung der Absatzmärkte in die Hand genommen", so Strasser.

Schmiedtbauer: Forstwirtschaft ist ein Europathema

"Auch der Forstsektor kämpft mit den Folgen dieser beispiellosen Krise. Die ohnehin angespannte Lage im Forstsektor aufgrund des Klimawandels und seiner Folgeschäden verschärft sich durch COVID-19 kritisch. Wir kämpfen in ganz Europa mit Klimawandelfolgeschäden: vom Borkenkäfer über Windwürfe bis hin zu massiven Waldbränden. Eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes ist wegen des Verfalls des Holzpreises wirtschaftlich kaum noch möglich", skizziert Schmiedtbauer. "Gerade jetzt braucht es diese finanziellen Anreize für unsere Waldbewirtschafter sowie eine Holzbauoffensive, um die Wirtschaft nach der Krise anzukurbeln und dabei gleichzeitig das Klima zu schützen. Eine starke EU-Forststrategie, die Klarheit und Planbarkeit für uns Forstwirte schafft, ist dringend notwendig", sagt die Abgeordnete, selbst Waldbesitzerin, und streicht hervor, dass es europaweit 3 Mio. Arbeitsplätze sind, die am Wald hängen. Diese sichern Einkommen im ländlichen Raum und wirken der Abwanderung entgegen. (Schluss) - APA OTS 2020-06-30/12:41

Felix Montecuccoli als Präsident der Land&Forst Betriebe wiedergewählt

Im Einsatz für eine nachhaltige familiengeführte Land- und Forstwirtschaft

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Bei der heutigen Vollversammlung der Land&Forst Betriebe Österreich wurde **Felix Montecuccoli** mit großer Zustimmung der Mitglieder als Verbandspräsident für weitere vier Jahre wiedergewählt. Auch die bisherigen Vizepräsidenten Zeno Piatti-Fünfkirchen und Carl Prinz von Croÿ wurden vom Vorstand in ihrem Amt bestätigt. * * * *

Mit der Wiederwahl von Felix Montecuccoli kann im Zeichen der Kontinuität der bisherige erfolgreiche Kurs im Einsatz für die Land- und Forstwirtschaftsbetriebe fortgesetzt werden. In zahlreichen Gremien, Ausschüssen und Vorständen vertreten, setzt sich der Verbandspräsident seit vielen Jahren für eine nachhaltige, familiengeführte Land- und Forstwirtschaft unter den Voraussetzungen eines gesicherten Eigentums und einer freien Generationenfolge ein.

"Die Absicherung der Betriebe in Zeiten des Klimawandels sowie zunehmender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen ist mir ein besonders Anliegen, für das ich mich auch in Zukunft einsetzen werde. Der Verband Land&Forst Betriebe Österreich wird auch weiterhin eine stabile Säule für die heimischen Landbewirtschafter sein und zeitgemäß unsere Themen nach außen vertreten sowie für die Anliegen der Betriebe eintreten", so Montecuccoli anlässlich seiner Wiederwahl.

Bewirtschaften der Betriebe muss rentabel sein

"Die heimischen Landbewirtschafter arbeiten in und mit der Natur. Sie sind die wahren Manager und Bewahrer der heimischen Kulturlandschaft. Doch all dieses Tun braucht auch einen passenden rechtlichen Rahmen, um den Herausforderungen des Klimawandels oder auch den steigenden gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Unsere Mitglieder, ihre Familien sowie Mitarbeiter müssen vom Bewirtschaften der Betriebe leben können. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft verbessert werden. Ich werde mich in meiner weiteren Amtszeit für die Interessen und Anliegen der heimischen Familienbetriebe einsetzen und genau hinsehen: Was brauchen der Wald, die Wiesen und Felder sowie die Menschen, die sie bewirtschaften?", so der Verbandspräsident.

Als wesentliche Themen sieht Montecuccoli die multifunktionalen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft in der Kombination Klimawandel, erschwerte Marktbedingungen und steigende gesellschaftliche Ansprüche. Im Speziellen braucht es nach dem Präsidenten großen Einsatz in den zukunftsträchtigen Bereichen Klima und Energie, Bioökonomie, Biodiversität, aber auch bei der Sicherung des Eigentums.

Nachhaltige Landbewirtschaftung für Gesellschaft und Umwelt

Das gemeinsame Ziel und die Grundlage der täglichen Arbeit der vielfältig strukturierten Land- und Forstwirtschaft ist eine nachhaltige Bewirtschaftung und Landnutzung - ökonomisch erfolgreich, ökologisch verantwortlich und gesellschaftlich akzeptiert. In den vier Handlungsfeldern Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd & Fischerei sowie Nutzung der Landschaft für Freizeitaktivitäten erbringen heimische Betriebe seit Generationen wichtige Leistungen für die Gesellschaft durch Lebensmittel, Rohstoffe, erneuerbare Energien, Schutz vor Naturgefahren, Erhalt von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität sowie Erholung u.v.m. Diese vielfältigen Aufgaben für Natur und Gesellschaft gilt es nachhaltig durch die heimischen Landbewirtschafter zu erfüllen, um die wertvolle Kulturlandschaft mit ihren wichtigen Funktionen für die jetzige Gesellschaft und ihre Nachkommen zu sichern. Das Fundament dafür basiert auf gesichertem Eigentum, einer freien Generationenfolge sowie dem Zugang zu Wissenschaft und Forschung. (Schluss)

LK Österreich gratuliert Felix Montecuccoli zu seiner Wiederwahl

Moosbrugger: Gemeinsam mit Politik und Gesellschaft Chancen nützen

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - "Felix Montecuccoli wurde heute für weitere vier Jahre in seiner Funktion als Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich bestätigt. Ich darf ihm dazu im Namen unserer Bäuerinnen und Bauern ganz herzlich gratulieren und alles Gute wünschen", betont Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger.** Auch die bisherigen Vizepräsidenten, Zeno Piatti-Fünfkirchen und Carl von Croÿ, wurden für eine weitere Funktionsperiode bestätigt. * * * *

"Die Herausforderungen, mit denen unsere Land- und Forstwirte konfrontiert sind, sind enorm: Mit der Klimaverschlechterung einhergehende Wetterkapriolen bringen vermehrt Stürme, Hagel oder Starkregen, sie sorgen für lang anhaltende Trockenheit ebenso wie für Überschwemmungen und bringen sowohl auf den Äckern als auch im Wald eine rasante Vermehrung von Schädlingen. Dazu kam heuer noch die Corona-Krise, die wichtige Absatzmärkte wegbrechen ließ. Gleichzeitig gilt es in diesem finanziell extrem angespannten Umfeld die Regeln und das Budget für die nächste Finanzplanungsperiode der EU-Agrarpolitik zu verhandeln. Das verlangt ein kraftvolles Vorgehen der bäuerlichen Interessenvertretung, sei sie gesetzlich oder auf freiwilliger Basis organisiert", betont Moosbrugger.

Auf Probleme aufmerksam machen

"Präsident Montecuccoli - er ist nicht nur Präsident jenes Verbandes, in dem die größeren land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs auf freiwilliger Basis vertreten sind, er ist auch Vorsitzender des LK Österreich-Ausschusses für Energie und Klima - ist ein nimmermüder Mahner, wenn es gilt, in der Öffentlichkeit auf vielfältige Probleme, wie den noch immer anhaltenden Bodenverbrauch oder die Folgen der Klimakrise, aufmerksam zu machen. Nur wenn es gelingt, die Gesellschaft von den Herausforderungen, die heute die Land- und Forstwirte zu meistern haben, zu überzeugen, sind Verbesserungen möglich. Die sich dabei bietenden Chancen sollten Politik, betroffene Land- und Forstwirte sowie alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam nützen", so Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2020-06-30/15:19

Wanderer und Mountainbiker: Mehr Verständnis für die Landwirtschaft gefordert

OÖ Bauernbund: Infotafeln machen auf Eigentums- und Nutzungsrechte aufmerksam

Linz, 30. Juni 2020 (aiz.info). - In den vergangenen Jahren haben Freizeitsportarten einen Boom erlebt. Gerade die Corona-Krise hat die Fahrrad- und E-Bike-Verkäufe noch einmal vorangetrieben. Mit dieser Entwicklung geht auch einher, dass durch neue Technik Wege befahren werden können, die bisher außerhalb der konditionellen Möglichkeiten der Freizeitsportler waren. Auf Eigentumsrechte wird dabei oftmals wenig geachtet. So entstehen Pfade durch bewirtschaftete Wiesen und Felder. Es wird mitten durch Wälder, auch abseits von bestehenden Wegen, gefahren. Mit Infotafeln will der Bauernbund Oberösterreich nun auf diese Gegebenheiten aufmerksam machen. * * * *

"Bewegen wir uns achtsam und bewusst durch unsere Natur. Sie ist Erholungsraum für uns, aber auch Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie Grundlage unserer Lebensmittelproduktion", betont Landesobmann Max Hiegelsberger. Denn Wiesen, Weiden und Äcker dürfen etwa während des Futteraufwuchses beziehungsweise auf bebauten und zum Anbau vorbereiteten Äckern nicht betreten werden, so steht das im OÖ Alm- und Kulturflächengesetz. "Viele Menschen denken sich nichts dabei, wenn sie über Wiesen und Weiden gehen oder mit dem Mountainbike fahren. Doch für die Bauern führt dies zu Einbußen in der Futtermenge und -qualität."

Gerade im Frühling und Frühsommer radeln und wandern die Erholungsuchenden durch die Kinderstube der Pflanzen- und Tierwelt. Schäden, die in dieser sensiblen Zeit verursacht werden, können nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Geht es um die Freizeitgestaltung in unseren Wäldern, ist im Forstgesetz ein allgemeines Betretungsrecht des Waldes für Erholungszwecke verankert. Allerdings bezieht sich dieses nur auf das Gehen. Radfahren, Mountainbiken und Reiten sind ausgenommen. "In vielen Fällen ist von einer rechtswidrigen Nutzung oder einer Besitzstörung auszugehen. Zum Teil betrifft es auch verwaltungsstrafrechtliche Tatbestände. Das Um und Auf muss aber ein konstruktives Miteinander sein. Wie so oft im Leben wirken beiderseitiges Verständnis und Toleranz oftmals Wunder", so Hiegelsberger.

Hundebesitzer gefordert: Kotsäckchen rechtskonform entsorgen

Auch Hundebesitzer sind aufgefordert, ihrer Halterpflicht nachzukommen, ist doch Hundekot für Wiederkäuermägen sehr gefährlich. Bakterien in den Exkrementen sind die häufigste Ursache für Abortus bei Rindern. Ein "Sackerl fürs Gackerl" ist daher auch außerhalb der Stadt Pflicht. Wenig bringt es jedoch, wenn dieses danach in der Umwelt entsorgt wird, denn auch Müll stellt eine Gefahr für Nutz- und Wildtiere dar. Immer wieder verenden diese qualvoll durch Blechdosen oder Plastikreste im Heu.

Vorgeschlagene Wege sind oft nicht erlaubt

Ein neues Problem stellen die verschiedenen Apps dar, die Mountainbiker und Wanderer für ihre Routenführung verwenden. Diese bieten die Möglichkeit, befahrene Routen hochzuladen - egal ob erlaubt oder nicht. Für weitere Nutzer ist nicht mehr ersichtlich, ob der gewählte Weg zugelassen ist. In den Nutzungsbedingungen dieser Apps heißt es häufig, dass jeder User die Möglichkeit hat, Touren zu erstellen und für andere öffentlich zur Verfügung zu stellen. Die App-Betreiber übernehmen dabei keinerlei Gewähr und Verantwortung.

Der OÖ Bauernbund setzt auf Aufklärung und bittet Wanderer sowie Mountainbiker um Einsicht und um Rücksicht in Feld und Flur wie auch um die Wahrung der Eigentumsrechte.

Bauernbund stellt Infotafel vor

Mit der neuen Infotafel "Bitte nicht betreten oder befahren", die im Bauernbund-Shop um 10 Euro erhältlich ist, will die Organisation auf diese Gegebenheiten aufmerksam machen. "Das soll keine Wegsperren nach sich ziehen, sondern genau in den Fällen, in denen eigentlich gar keine Wege vorhanden sind, für unsere Mitglieder eine Unterstützung sein, um zu informieren", so Hiegelsberger abschließend. (Schluss)

Langer-Weninger: Heimische Lebensmittel müssen attraktiver werden

LK OÖ begrüßt Regierungsinitiative in Richtung ökologische Besteuerung

Linz, 30. Juni 2020 (aiz.info). - "In Lebensmitteleinzelhandel und Gastronomie haben es unsere Bauern und Verarbeiter immer wieder mit unlauterer Konkurrenz aus dem Ausland zu tun. Die Bundesregierung hat angekündigt, diesen Wettbewerbsnachteilen mit steuerlichen Begünstigungen für regionale Lebensmittel beziehungsweise Klimazöllen für weit gereiste Produkte entgegenzutreten. Diese Initiative wird von der Landwirtschaftskammer OÖ ausdrücklich begrüßt. Damit wird mehr wirtschaftliche Fairness geschaffen und negative Umweltauswirkungen werden stärker in der Preisbildung berücksichtigt", betont LK-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger.** * * * *

Klima- und Umweltstandards bei Lebensmittelbesteuerung berücksichtigen

Regelmäßige Dumping- und Billigstpreisaktionen des Lebensmittelhandels mit ausländischen Produkten (etwa ein Viertel Kilo Butter um 99 Cent) führen regelmäßig zu massivem Unverständnis und Verärgerung in der Bauernschaft. Dazu kommt, dass die Herkunft vieler Billigstangebote für die Konsumenten kaum oder gar nicht erkennbar ist. Auch in vielen Bereichen der öffentlichen und privaten Gastronomie bleibt die Lebensmittelherkunft für die Kunden undurchsichtig.

"Die LK OÖ fordert daher seit Langem die Umsetzung einer Herkunftskennzeichnung für Milch, Fleisch und Eier bei Verarbeitungsprodukten sowie in der Gastronomie. Darüber hinaus braucht es auch eine stärkere Berücksichtigung von Klima- und Umweltstandards bei der Besteuerung von Lebensmitteln, damit diese eine wirkliche Steuerungsfunktion ausüben kann. Wenn 1 kg Rindfleisch aus Österreich 14 kg CO2 verursacht, 1 kg aus Europa im Schnitt 22 kg CO2 sowie 1 kg Rindfleisch aus Südamerika insgesamt 80 kg CO2, während sich die Preise verkehrt proportional gestalten, dann muss auch das ein wesentlicher Ansatzpunkt für eine ökologische Steuerreform sein", betont Langer-Weninger.

Neugestaltung der Lebensmittelbesteuerung zur Sicherung der Inlandsversorgung

Auch bei Obst und Gemüse sei die Relation oft ähnlich, wenn man etwa heimische Äpfel den weit gereisten Mangos gegenüberstelle. Hier brauche es dringend mehr Kostenwahrheit im Sinne von Klima und Umwelt. Es könne nicht sein, dass Lebensmittel oft Tausende Kilometer an Transportwegen zurückgelegen, so die LK-Präsidentin. Darüber hinaus würden entsprechende Steuerregelungen die heimische Produktion insbesondere in jenen Sparten forcieren, wo die Landund Lebensmittelwirtschaft die Inlandsversorgung aufgrund massiver Billigkonkurrenz aus dem Ausland nach wie vor nicht decken kann. Dazu gehörten Obst und Gemüse, bestimmte Geflügelarten sowie insbesondere Fisch.

"Die steuerliche Bevorzugung heimischer und regionaler Lebensmittel wäre daher gerade in der aktuellen Krisensituation auch ein wichtiger Turbo für unsere Volkswirtschaft", betont die LK-Präsidentin. (Schluss)

Österreichisches Landwirtschaftskammersystem ist Vorbild für Kroatien

Berlakovich: Eingliederung der Beratungsagenden in Kammer werden angestrebt

Eisenstadt/Zagreb, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Am vergangenen Freitag wurde im Rahmen der Sendung "Zajedno za zdravlje" ("Zusammen für die Gesundheit") des nationalen kroatischen Fernsehsenders HRT4 gemeinsam mit dem Präsidenten der Kroatischen Landwirtschaftskammer (HPK), **Mladen Jakopovi**, und seinem burgenländischen Amtskollegen **Nikolaus Berlakovich** über das österreichische Kammersystem und die regionale Landwirtschaft gesprochen. Die bäuerliche Interessenvertretung in Kroatien ist zunehmend am österreichischen Kammermodell interessiert, da hier die Beratung nicht ausgegliedert ist. Österreich wird in diesem Zusammenhang und im Hinblick auf Regionalität als Vorbild gesehen. * * * *

Die kroatische Landwirtschaftskammer wurde nach dem österreichischen Modell aufgebaut, doch obliegt die Beratung dem Landwirtschaftsministerium und nicht der Kammer. Jakopovi setzt sich besonders dafür ein, die Beratung wieder in die Landwirtschaftskammer einzugliedern. Aus diesem Grund hatte er Berlakovich zu einem gemeinsamen Gespräch in die TV-Sendung geladen. Dabei wurde über agrarpolitische Themen beider Länder gesprochen, Parallelen aufgezeigt und dargelegt, wie die kroatische Landwirtschaftskammer vom österreichischen System lernen kann.

"Österreich wird in Kroatien als Vorbild gesehen, da bei uns die heimische Produktion und die Regionalität der Lebensmittel eine bedeutende Rolle spielen. Auch dass wir ein umfangreiches Unterstützungssystem für unsere Bauern aufgebaut haben, wurde im Gespräch positiv angemerkt und soll in Kroatien in Zukunft eine wichtige Rolle spielen", so Berlakovich. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Ernte schreitet im Inland voran - Gute Erträge gemeldet

Erzeugerpreise stehen angebotsbedingt unter Druck

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Der österreichische Frühkartoffelmarkt zeigt sich gut versorgt. In allen Landesteilen schreiten die Rodearbeiten mehr oder weniger zügig voran. Die Hektarerträge sind zwar regional unterschiedlich, dennoch werden vielerorts gute bis sehr gute Erträge gemeldet. Dazu beigetragen hat sicherlich die feuchtwarme Witterung der letzten Wochen. Neben den frühen Sorten stehen mittlerweile auch schon die ersten Anschlusssorten zum Roden an, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. Angesichts des reichlichen Angebots und des steigenden Anteils an Übergrößen wird daher dringend zur Reifeförderung geraten. * * * *

Der Absatz im heimischen Lebensmitteleinzelhandel bleibt weiter hinter den Erwartungen zurück. In der Gastro- und Großküchenverpflegung setzt sich der Aufwärtstrend bei den Absatzzahlen jedoch fort. Die Erzeugerpreise sind angebotsbedingt unter Druck geraten. In Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark wurden zu Wochenbeginn für mittelfallende Ware meist 20 Euro/100 kg bezahlt. Für Übergrößen wurden die Preise auf 15 Euro/100 kg gesenkt. Aus Oberösterreich werden mittlerweile Hektarerträge von bis zu 40 t gemeldet. Die Preise stehen auch hier entsprechend unter Druck. Ende der letzten Woche wurden noch bis zu 30 Euro erlöst.

In Deutschland zeigt sich der Frühkartoffelmarkt noch recht entspannt. Importware aus dem Mittelmeerraum ist bis auf einzelne Restpartien fast vollständig vom Markt verschwunden. Viele Handelsketten haben in der letzten Woche bereits gänzlich auf inländische Frühkartoffeln umgestellt, das Angebot ist aber noch recht überschaubar. Einerseits zeigt sich, dass die Erträge bei den Frühkartoffelsorten heuer vielerorts nur mäßig ausfallen, andererseits verzögert die Witterung die Reifeförderung. Bei einem weiterhin höheren Absatz als gewohnt bleiben die Erzeugerpreise recht stabil. Zu Wochenbeginn wurden für festschalige Ware noch 42 bis 44 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

Ukraine erwartet neue Mais-Rekordernte

EU ist wichtiger Absatzmarkt

Kiew, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Die Ukrainische Getreide-Assoziation (UGA) erwartet 2020 mit etwa 36,9 Mio. t einen neuen Ernterekord bei Körnermais. Das hat der Präsident des Fachverbands, **Mikola Gorbastchjow**, bei einer Pressekonferenz Ende vergangener Woche verkündet. Der bisherige Höchststand liegt laut amtlicher Statistik bei fast 35,9 Mio. t und wurde im vergangenen Jahr erzielt. Die möglichen Exporte von Körnermais 2020/21 bezifferte Gorbastchjow mit bis zu 31 Mio. t gegenüber rund 30,3 Mio. t in der ablaufenden Saison, berichten die Landesmedien. Als einen perspektivreichen Absatzmarkt für diese Getreideart erwähnte er dabei die Europäische Union. (Schluss) pom

Lagerhaus Technik-Center: Neues Kompetenzzentrum in Eggendorf entsteht

Vielfältiges Angebot auf großzügiger Ausstellungsfläche

Eggendorf, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Die Geschäftsführung des Lagerhaus Technik-Centers (LTC) nahm diese Woche den Spatenstich zur Errichtung des neuen Kompetenzzentrums Eggendorf (NÖ), das Landtechnik-Verkauf und -Werkstättenservice an einem Standort vereint, vor. Der Standort Wiener Neustadt wird damit in das nur 5 km entfernte Eggendorf abgesiedelt und voraussichtlich Ende des Jahres eröffnet. "Im Anschluss an die halbjährige Bauzeit werden wir den Landwirten in der Region unsere gesamte Landtechnikkompetenz an einem modernen, topaktuellen Standort präsentieren. Dieser bietet ein umfassendes Landmaschinenportfolio mit neuen und gebrauchten Maschinen, die auf einer großzügigen Ausstellungsfläche attraktiv in Szene gesetzt werden. Hinzu kommt unser bewährtes Werkstätten-Service, das für Landmaschinen aller Marken zur Verfügung steht", so LTC-Geschäftsführer **Günter Kallus.** * * * *

In die Errichtung des neuen 1.300 m2 umfassenden LTC-Kompetenzzentrums Eggendorf werden insgesamt mehr als 4 Mio. Euro investiert. Das Neumaschinen-Sortiment wird zukünftig in einem über 200 m2 großen Schauraum ausgestellt. Eine zusätzliche Ausstellungshalle im Ausmaß von knapp 1.000 m2 gibt den Kunden einen Überblick über verfügbare Gebrauchtmaschinen. Die Werkstätte umfasst ein 900 m2 großes Areal. Hinzu kommen weitere Einheiten wie Büroräume, ein Ersatzteillager oder ein Waschplatz. Im neuen Kompetenzstandort werden die Kunden zukünftig von 17 Mitarbeitern aus der Region betreut. Um das zu erreichen, soll die derzeit am Standort Wiener Neustadt aktive Mannschaft um mehrere Arbeitsplätze und eine Lehrstelle aufgestockt werden. In

Wiener Neustadt verbleiben der Agrarhandel, ein Bau- und Gartenshop, eine Tankstelle und eine Lkw-Werkstätte der Raiffeisen-Lagerhaus GmbH. (Schluss)

8 Mio. Euro Schaden nach massiven Unwettern in der Steiermark

Kulturen in weiten Teilen des Landes zerstört

Wien, 30. Juni 2020 (aiz.info). - Schwere Unwetter mit Starkregen, Sturm und Hagel tobten am Montag über der Steiermark. Bereits am Vormittag hat sich im Murtal eine erste Gewitterfront gebildet, die dann weiter ostwärts zog. Die Konsequenz: Murenabgänge, Überschwemmungen und teilweise golfballgroße Hagelkörner hinterließen auch in der Landwirtschaft vielerorts ein Bild der Verwüstung. Besonders schwere Schäden gibt es in den Bezirken Hartberg-Fürstenfeld, Südoststeiermark und Weiz, wo sämtliche Ackerkulturen, aber auch Wein- und Obstanlagen sowie Gemüsekulturen zerstört wurden. "Die Landwirtschaft ist durch den Klimawandel massiv betroffen. Das zeigt auch das neueste Schadensausmaß. Auf einer landwirtschaftlichen Fläche von knapp 8.000 ha ist nach ersten Erhebungen durch die Sachverständigen der Österreichischen Hagelversicherung mit einem Gesamtschaden in der Landwirtschaft von 8 Mio. Euro zu rechnen. Rasche Hilfe hat nun oberste Priorität", so der Vorstandsvorsitzende der Hagelversicherung, Kurt Weinberger. Er rät betroffenen Landwirten, ihre Schäden online unter www.hagel.at zu melden. (Schluss)